

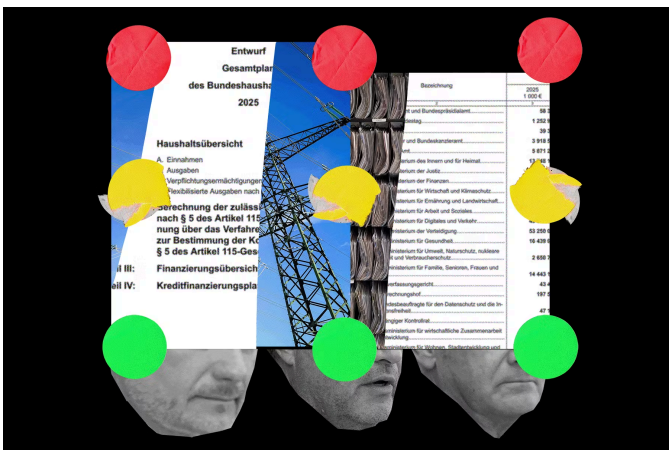
Home > Wirtschaft > Beamten-Boom und heimliche Kosten: Das sind die Milliardengräber im Bundeshaushalt

# Beamten-Boom und heimliche Kosten: Das sind die Milliardengräber im Bundeshaushalt

Die Wirtschaftskrise bereitet den Deutschen große Sorgen. Seit zwei Jahren lahmt die Konjunktur – trotz Rekord-Bundeshaushalt. Wie geht das? Ein Erklärungsversuch.

Flynn Jacobs, Lukas Kuite

14.12.2024 | aktualisiert am 15.12.2024 - 07:00 Uhr



Seit Jahren denken die Regierungen viel darüber nach, wie man Steuergelder bestmöglich einsetzt. Die Ampel ist daran zerbrochen.

Fotoillustration: Pajović/Berliner Zeitung am Wochenende. Bilder: Imago, BlkMarket

**V**iel stärker als das nasskalte Wetter sorgt die derzeitige Wirtschaftslage in Deutschland für triste Stimmung und trübe Aussichten. Über das gesamte Jahr 2024 mehrten sich Meldungen von Massenentlassungen, Werkschließungen und Insolvenzen. Eine der größten Wirtschaftskrisen hat das Land erfasst. Die größte Volkswirtschaft Europas, die „Wirtschaftslokomotive“, dampft nicht mehr. Während der Staat mit rekordartigen Steuereinnahmen eigentlich über das Material für eine wetterfeste Kleidung verfügen sollte, kommt beim Bürger oftmals das Gefühl auf, im Regen stehen gelassen zu werden.

„Die Hälfte meines Geldes geht weg an Steuern – ich kriege aber keinen Arzttermin, die Kita fällt ständig aus, die Bahn fährt unregelmäßig und ich kann meinen Führerschein nicht nachmachen“, schrieb ein Leser kürzlich der Berliner Zeitung. Langsam wachse seine Offenheit für alternative Lösungen, um den Staat funktionsfähiger zu machen. Viele werden

sich gehört fühlen. Was wäre die Lösung? Müssen noch mehr Schulden gemacht werden? Oder wird das Geld falsch verteilt und versickert im Staatsapparat?

An diesen Grundsatzfragen ist die Ampelkoalition krachend zerbrochen. „Das bisschen Haushalt kann so schlimm nicht sein“ – was Johanna von Koczian 1977 in Bezug auf die veraltete Rollenverteilung sang, bekommt heute mit Blick auf die Neuwahlen eine ganz neue Bedeutung. Doch wieso scheint die Optimierung des Bundeshaushalts solch eine Sisyphos-Aufgabe zu sein? Zeit für eine Analyse.



## Bundesbank pessimistisch: Deutschland auf dem Weg in eine Rezession

Von Michael Maier

Wirtschaft 13.12.2024



### Großer Kostenpunkt im Bundeshaushalt: Staat muss Corona-Kredite tilgen

Der Anspruch Deutschlands ist seit jeher, am Ende des Jahres bei null herauszukommen – auch 2023 konnte der Bund diesem Ziel gerecht werden. Aber: Im vergangenen Jahr umfasste der Bundeshaushalt rund 458 Milliarden Euro, zehn Jahre zuvor noch etwa 308 Milliarden – ein Anstieg um knapp 50 Prozent. Der Einzelplan für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist beispielsweise von 120 auf 172 Milliarden Euro angewachsen, der Anteil am Gesamthaushalt blieb aber mit rund 38 Prozent nahezu unverändert. Auch das Bundesministerium des Innern und für Heimat vergrößerte sein Volumen um 130 Prozent, sein Anteil am Kuchen blieb jedoch ebenfalls ungefähr gleich. Fast alle Ministerien bekommen jedes Jahr mehr Geld, der Haushalt wächst stetig an – doch die Wirtschaft stagniert, ihr droht in diesem Jahr mal wieder eine Rezession. Wie kann das sein?

Wegen der hohen Kosten zur Rettung des Euros und der Banken als Folge der Finanzkrise 2008 wurde am Ende der ersten Merkel-Legislatur die Schuldenbremse eingeführt. In der Folge nahm der Bund in den Jahren 2014 bis 2019 nie mehr als drei Milliarden Euro schwere Kredite auf. Doch 2020 änderte sich das schlagartig: Zur Bewältigung der Corona-Pandemie und zur Unterstützung der Ukraine nahm Deutschland eine immense Neuverschuldung in Rekordhöhe in Kauf. Insgesamt beliefen sich die neuen Kredite von 2020 bis 2023 auf insgesamt 487 Milliarden Euro. Der Staat muss diese Summe jedes Jahr tilgen: ein wesentlicher Grund für das rekordartige Anwachsen des Haushalts.

### Inflation und Wirtschaftswachstum weiterer Grund für XXL-Haushalt

Achim Trüger, Wirtschaftsweiser im Sachverständigenrat der Bundesregierung, gibt zu, dass der Zuwachs von 50 Prozent im Haushaltsvolumen „natürlich nach sehr viel“ klinge. Man müsse aber berücksichtigen, „dass im selben Zeitraum allein die Inflation schon 25 Prozent betrug“, erklärt Trüger auf Anfrage. Außerdem sei die deutsche Wirtschaft real gewachsen.

Der Anteil des Bundeshaushalts am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – auch Ausgabenquote genannt – habe sich von 10,7 Prozent auf 10,9 Prozent nicht sonderlich vergrößert. „Und das nach all den Krisen, die die deutsche Wirtschaft seit 2020 erschüttert haben.“

Trifft die Bundesregierung also gar keine große Schuld am Haushaltswucher? Ganz so einfach ist es nicht. Der Staat gab im Jahr 2023 nicht nur für die Tilgung der Bundesschuld viel Geld aus: 8,6 Prozent der Gesamtausgaben. In allen Bereichen steigen die Ausgaben seit langer Zeit an – in den letzten zehn Jahren besonders stark in den Bereichen Gesundheit, Umweltschutz, Energie, Verteidigung und Verkehr. Ein Problem in allen Ministerien: die steigenden Verwaltungskosten.



## Vor allem in Berlin: Ökonom sieht mehr Privatinsolvenzen kommen

Von Liudmila Kotlyarova

**Berlin** 11.12.2024



### **Verwaltungskosten der Ministerien verdoppeln sich in zehn Jahren: „Das Resultat von Misswirtschaft“**

Diese wurden im Haushalt für jedes Ministerium um mindestens 70 Prozent angehoben, bei manchen sogar verdoppelt. Die Kosten für Geräte, Infrastruktur, Gebäude und Liegenschaften erhöhten sich in allen Ministerien ebenso wie die Ausgaben für Gehälter, Dienstreisen oder Dienstwagen. Im von Robert Habeck geführten Bundeswirtschaftsministerium sind die Bezüge und Nebenleistungen für die Beamten beispielsweise in zehn Jahren von knapp 63.000 auf über 136.000 Euro durch die Decke gegangen – ein Anstieg von rund 115 Prozent. Auch das von Olaf Scholz neu geschaffene Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen benötigt Ausgaben, die vorher nicht da waren (rund sieben Milliarden Euro im Jahr).

# Bundesministerium für Wirtschaft & Klimaschutz

Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten, in Euro

Grafik: Berliner Zeitung • Quelle: Bundesministerium der Finanzen 2024 • Erstellt mit [Datawrapper](#)

Laut Armin Steinbach, einem langjährigen Ministerialbeamten im Finanz- und Wirtschaftsministerium, sorgt die Personalpolitik für die größte Ineffizienz im System. Das Personal in Bundesministerien sei allein zwischen 2013 und 2021 um mehr als 50 Prozent (von 17.000 auf 26.000 Mitarbeiter) gestiegen. „Dieser Aufwuchs entspricht nicht einem Mehrbedarf der öffentlichen Hand in diesem Umfang, sondern ist das Resultat von Misswirtschaft.“

Dieser Personalzuwachs verdeutliche, dass das Arbeiten in den Ministerien nicht effizient organisiert werde. „Viel zu statisch, zu viel Statusdenken, keine organisatorische Flexibilität“, kritisiert Steinbach. „Die Beamten kleben auch in Krisen auf ihren Stühlen, anstatt flexibel und

nach Bedarf eingesetzt zu werden.“ Ein weiteres Indiz für den schleppenden Ausbau der Digitalisierung in Deutschland.

### Experte über wuchernde Regulierungen: „Staat verschiebt heimlich Kosten“

Laut dem Wirtschaftswissenschaftler Gunther Schnabl von der Universität Leipzig dürften 2,7 Millionen zusätzliche Beschäftigte im öffentlichen Sektor seit 2008 auch maßgeblich auf wuchernde Regulierungen zurückzuführen sein. Und: „Regulierungen erhöhen nicht nur die Verwaltungskosten beim Staat, sondern erhöhen auch die Personalkosten bei Unternehmen“, ergänzt er auf Anfrage.

#### **Steuerverschwendung in Deutschland: 600.000 Euro für einen Beamten, der gar nicht arbeitet**

Berlin 09.10.2024



#### **Neue Zahlen: 46 Prozent mehr Landesbeschäftigte seit 2016 – „schwere Last für Berlin“**

Berlin 10.09.2024



Der Staat verschiebe so heimlich die Kosten seiner Aufgaben auf die Unternehmen, welche dann nicht in der Statistik sichtbar würden. Außerdem sei die Steuerquote in Deutschland eine der höchsten in der Welt. „Da hohe Steuern und Abgaben die Leistungsanreize senken und zu Kapitalflucht führen, bremsen unkontrollierte Staatsausgaben das Wachstum“, so Schnabl. „Der Kuchen, der zu verteilen ist, wächst nicht mehr so schnell oder wird kleiner.“

### Rentenversicherung und Bürgergeld schlucken Milliarden

Vor allem der Sozialstaat schluckt immer mehr Milliarden. Im Jahr 2023 entfiel fast die Hälfte der Ausgaben des Bundes auf den Bereich soziale Sicherung, Familie und Arbeitsmarkt. Die Kosten für das Bürgergeld wuchsen von 2013 bis 2023 um ein Drittel an (von 19,5 auf 25,8 Milliarden Euro), die für die Rentenversicherung sogar um 41,7 Prozent (von 72,7 auf 103 Milliarden Euro). „Die Sozialausgaben liegen bei rund 1250 Milliarden Euro“, bilanziert Schabl. Auffällig sei, dass seit dem Zweiten Weltkrieg mit dem Wohlstand auch der Anteil der Sozialausgaben am BIP immer weiter gestiegen statt gefallen sei. Dieser Trend wird sich laut Sabine Weiler vom Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung (RWI Essen) in naher Zukunft sogar noch verstärken. „Sofern dem demografischen Wandel nicht entgegengewirkt wird, sind

die erhöhten Ausgaben schwer vermeidbar, wenn das Versorgungsniveau nicht deutlich verringert werden soll.“

## Deutsche Rentenversicherung vergrault Freiberufler – und nutzt verbotene Methoden?

Von Flynn Jacobs

Wirtschaft 07.12.2024



Neben dem jährlich ansteigenden Bundeshaushalt unterhält der Bund auch noch Extraausgaben. Das Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro wird im Jahr 2027 voraussichtlich aufgebraucht sein. Um das Zwei-Prozent-Ziel der Nato auch 2028 erfüllen zu können, müssen aus dem Haushalt nach jetzigem Stand rund 28 Milliarden Euro aufgebracht werden. Selbst wenn der Gesamtetat für das Ministerium für Bildung und Forschung gestrichen werden würde (21 Milliarden Euro), hätte der Bund dieses Geld nicht zusammen. Auch das Sondervermögen im Klima- und Transformationsfonds (29 Milliarden Euro) ist in jedem Jahr ein Kostenpunkt. Gibt der Staat mehr Geld aus, als er haben sollte? Und wo kann er sparen?

### Sparpotenzial durch mehr Föderalismus – Sondervermögen kürzen?

Eine von vielen Politikern ins Gespräch gebrachte Möglichkeit ist, manche Ministerien zusammenzulegen, wie etwa die Ressorts Arbeit und Wirtschaft. „Ministerien müssten aufgelöst und zusammengelegt und die mehr als 900 Bundesbehörden einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen werden“, sagt der Präsident des Steuerzahlerbundes (BdSt) Reiner Holznapel. Auch der Bundestag, dessen Kosten sich seit 2012 von 600 Millionen auf 1,2 Milliarden Euro verdoppelt haben, sollte aus Sicht des BdSt verkleinert werden.

Johanna Schnabel, Föderalismusforscherin am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, fordert mehr Möglichkeiten für die Länder, Steuern einzunehmen, um selber zu haushalten. „Sie können Mittel meist zielgerichteter einsetzen. Auf Bundesebene ist dies nicht immer der Fall, wie die Beispiele Autobahn GmbH und BAMF zeigen.“ Auch manche Förderprogramme des Bundes, wie zum Beispiel der Digitalpakt Schule, würden mehr schaden als guttun. „Sie schaffen einen hohen Verwaltungsaufwand für die Länder und Gemeinden.“ Mittel würden teilweise nicht abgerufen, auch weil die Gemeinden dazu nicht in der Lage seien. „Mehr Einnahmenautonomie der Länder und Kommunen könnte auch den Bundeshaushalt entlasten.“

Viele Ökonomen sehen vor allem in den Sondervermögen enormes Einsparpotenzial. „Für 2024 etwa sind aus diesem Extrahaushalt Ausgaben in Höhe von knapp 58 Milliarden Euro vorgesehen, die zu einem großen Teil wirtschaftspolitisch fragwürdig sind“, meint Weiler vom RWI Essen.

## Intel, Northvolt, Thyssenkrupp: Subventioniert der Staat falsch?

Viele weitere Milliarden des Bundes fließen zudem in einzelne Unternehmen. Die Liste der vom Staat subventionierten fehlgeschlagenen Projekte ist lang: die 30 Milliarden Euro schwere Förderung für die Intel-Chipfabrik in Magdeburg, die nie gebaut wurde; die Pleite der Elektroauto-Batterie-Hoffnung Northvolt in Schweden; das Insolvenzverfahren der Wasserstoff-Firma HH2E, auf die das von Robert Habeck geführte Wirtschaftsministerium gesetzt hatte; zwei Milliarden Euro, die Thyssenkrupp zu seiner Transformation zu Wasserstoff und grünem Stahl verhelfen sollten und nie abgerufen wurden. Während die Finanzierungsfragen oftmals geklärt sind, mangelt es augenscheinlich an effizienter Planung und Kontrolle.

### Deutschlands Ansehen im Ausland bröckelt: „Schlingerkurs der Ampel mitverantwortlich“

Von Flynn Jacobs

21.10.2024



Und es gibt teils grundsätzliche Kritik an der starken Beteiligung des Staates am freien Markt: „Subventionen verzerren den Wettbewerb zugunsten großer Unternehmen, machen Unternehmen träge und unterwandern den Binnenmarkt der EU“, kritisiert Gunther Schnabl. „Die Finanzhilfen des Bundes haben sich seit 2013 fast verdreifacht“, beklagt auch Thies Büttner, Vorsitzender des Beirats des Stabilitätsrats, der die Haushaltsführung von Bund und Ländern überwacht. Problematisch sei insbesondere, dass die Politik einerseits die Energiekosten verteuere und dann versuche, die Belastungen und wirtschaftlichen Folgen durch Subventionen zu bekämpfen. „Das ist ökonomisch unsinnig“, sagt der Wirtschaftswissenschaftler.

Laut Giacomo Corneo, Professor am Lehrstuhl öffentliche Finanzen der Freien Universität Berlin, wird das Geld in den Ministerien von den falschen Leuten eingesetzt. „Der Staat braucht dafür die angemessenen Humanressourcen. Ingenieure, die planen und umsetzen können. Ökonomen, die solide Kosten-Nutzen-Analysen durchführen.“ Und die würden nicht – wie es in den Bundesministerien üblich sei – von der 1947 gegründeten Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer kommen. „Hierzu wäre mal die Förderung eines hochkarätigen Masters eine sinnvolle Investition in die Zukunft.“

## Sparen vs. Schuldenbremse: Neuwahlen richtungsweisend für Deutschlands Wirtschaft

Was wäre nun eine Lösung für das Haushaltsdilemma in Zeiten der Wirtschaftskrise? Viele fordern, die Schuldenbremse abzuschaffen oder zumindest einen gemäßigten Fiskalrahmen zu gestalten, der jedes Jahr unter Anbetracht des Wirtschaftswachstums neu festgelegt wird. „Die Wahrheit ist: Der Staat muss in der Krise nicht sparen, sondern mehr Geld ausgeben und ja, mehr Schulden machen“, meint der frühere Staatssekretär im Bundesfinanzministerium im Kabinett Schröder, Heiner Flassbeck.

Die wetterfeste Kleidung in stürmischen Zeiten – kann sie allein aus Schulden genäht werden? „Neue Schulden und eine Reform der Schuldenbremse brauchen wir nicht“, entgegnet Niklas Potrafke vom ifo-Zentrum für öffentliche Finanzen in München. „Ganz im Gegenteil.“ In Zeiten steigender Begehrlichkeiten halte die Schuldenbremse die Politik vielmehr an, Prioritäten zu setzen.

Ob „das bisschen Haushalt“ in der nächsten Regierung nicht ganz „so schlimm“ wird wie in der Ampel, wird sich nach den Neuwahlen im Februar zeigen. Dann bekommen die Parteien eine neue Chance, das Land aus der nasskalten Grauperiode in einen neuen Frühling zu lenken.

*Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns! [briefe@berliner-zeitung.de](mailto:briefe@berliner-zeitung.de)*

---

### Empfehlungen aus dem BLZ-Ticketshop:

**TV Noir im August 2025 im Admiralspalast! Tickets für die Liveshow hier!**

Stil 28.04.2023



**„Die Schöne und das Biest“ ist vom 20.-22.01.25 in Berlin. Tickets hier!**

Potsdamer Platz 30.09.2023



**Weihnachtsshow „Christmas-Special 2024“ im Estrel Showtheater Berlin. Tickets!**

Berlin 24.03.2023



**Tutanchamun Ausstellung in Berlin! Für die immersive Show hier die Tickets!**

Berlin 05.09.2023





## Thomas Quasthoff Quartett am 21.01.25 im Admiralspalast Berlin. Tickets hier!

Admiralspalast 28.04.2023



## Veranstaltungen im Dezember 2024 in Berlin: Shows, Events, Konzerte und Tickets!

Berlin 10.10.2023



Dieser Artikel wurde auf [berliner-zeitung.de](https://www.berliner-zeitung.de) veröffentlicht.